Regierungsrat des Kantons Uri

Auszug aus dem Protokoll
29. August 2017

Nr. 2017-478 R-721-27 Interpellation der SVP-Fraktion (Christian Schuler, Erstfeld) zu Unterbringung der Flüchtlinge und Asylsuchenden im Kanton Uri nach Eklat in Seelisberg; Antwort des Regierungsrats

I. Ausgangslage

Am 31. August 2016 reichte Landrat Christian Schuler, Erstfeld, eine Interpellation mit dem Titel «Unterbringung der Flüchtlinge und Asylsuchenden im Kanton Uri nach Eklat in Seelisberg» ein und stellte dem Regierungsrat dazu einige Fragen. Der Interpellant führt aus, dass der Regierungsrat nach dem Eklat in Seelisberg entschieden habe, das Projekt Asylunterkunft in Seelisberg zu sistieren und eine Gesamtschau vorzunehmen. Landrat Christian Schuler, Erstfeld, fragt sich dabei, wieso nicht schon früher eine Gesamtschau veranlasst wurde. Im Weiteren stellt er auch Fragen über das Vorgehen, die Kommunikation und die aktuelle Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Roten Kreuz (SRK).

Gemäss Artikel 44 und 45 Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz; RB 20.3421) unterstützt der Kanton die Asylsuchenden sowie die anerkannten Flüchtlinge im Rahmen des Bundesgesetzes. Der Kanton kann die Erfüllung dieser Aufgabe ganz oder teilweise Dritten übertragen. Die Gesundheits-, Sozial- und Umweltdirektion (GSUD) hat das SRK mit der Betreuung der Asylsuchenden, vorläufig Aufgenommenen und Flüchtlingen sowie der Ausrichtung wirtschaftlicher Sozialhilfe für diese Personengruppen beauftragt.

II. Antwort des Regierungsrats

1. *Weshalb hat die Regierung, im Wissen über einen Anstieg der Asylsuchenden, nicht bereits früher eine Gesamtschau veranlasst?*

Bei einem Anstieg der Asylsuchenden war es in der Vergangenheit üblich, dass bei Erreichen der Kapazität in der Kollektivunterkunft externe Wohnungen dazu gemietet wurden, um die hohe Zahl der Asylsuchenden beherbergen zu können. Die gute Zusammenarbeit zwischen dem SRK, dem Kanton Uri und den Urner Gemeinden hat in den vergangenen Jahren keine Veranlassung dazu gegeben, eine Gesamtschau durchzuführen. Diese gute Zusammenarbeit wurde nun auch innerhalb der Gesamtschau Asyl von den Urner Gemeinden bestätigt.

2. *Ist die Regierung bereit, die Resultate der Gesamtschau öffentlich zu machen und die Öffentlichkeit laufend über den Stand der Situation zu informieren?*

Die Öffentlichkeit wurde innerhalb der Eröffnung der Vernehmlassung bei den Urner Gemeinden erstmals über die Resultate der Gesamtschau Asyl orientiert. Die komplette Dokumentation ist auf der Homepage des Kantons Uri einzusehen.

Die Öffentlichkeit wurde laufend mittels Medienmitteilungen über den Stand der Arbeiten der Gesamtschau informiert:

- 28. September 2016: Treffen des Asylausschusses des Regierungsrats mit den Urner Gemeinden
- 27. Oktober 2016: Zweiter Workshop zur Gesamtschau Asyl mit den Urner Gemeinden
- 4. April 2017: Gesamtschau Asyl und Leitbild Asyl, Vernehmlassung bei den Urner Gemeinden
- 20. Juni 2017: Verabschiedung Gesamtschau Asyl und Leitbild Asyl durch den Regierungsrat

Die Gemeinden wurden zusätzlich frühzeitig über den anstehenden Prozess der Vernehmlassung informiert sowie zur Präsentation der Ergebnisse aus der Vernehmlassung eingeladen.

3. *Ist der Regierungsrat bereit, die Zusammenarbeit bezüglich Leistungsvereinbarung mit dem SRK zu überprüfen und auch andere Lösungen in Betracht zu ziehen?*

Der Regierungsrat hat diese Abwägung im Rahmen der Gesamtschau Asyl vorgenommen. Die Ergebnisse aus der Gesamtschau, besonders aus den Workshops mit den Urner Gemeinden, haben gezeigt, dass diese hinter der Arbeit des SRK stehen und die Zusammenarbeit sehr schätzen. Die Umsetzung des Asyl- und Flüchtlingswesens im Kanton Uri steht aus Sicht der Gemeinden nicht zur Diskussion. Ebenso bestätigt die GSUD, dass die Zusammenarbeit mit dem SRK sehr gut eingespielt ist und entsprechend erfolgreich verläuft.

Ausgehend von den Ergebnissen der Gesamtschau Asyl vertritt der Regierungsrat die Meinung, dass an der Zusammenarbeit mit dem SRK festgehalten werden soll. Die Ergebnisse aus der Gesamtschau Asyl sollen in die Ausgestaltung der nächsten Programmvereinbarung (2018 bis 2021) mit dem SRK einfliessen.

4. *Wäre es möglich, dass der Kanton Uri künftig die Unterbringung und Betreuung von Asylsuchenden in Eigenregie führt?*

Die Programmvereinbarung mit dem SRK läuft jeweils über vier Jahre. Die Erneuerungen dieser Programmvereinbarungen werden von der GSUD beurteilt und dem Regierungsrat zur Genehmigung vorgelegt. Aufgrund der allgemeinen Zufriedenheit mit der vom SRK geleisteten Arbeit ist aus Sicht des Regierungsrats eine Beendigung der bisherigen Zusammenarbeit nicht angezeigt. Die Führung in Eigenregie wäre somit grundsätzlich zwar möglich, aber nicht sinnvoll, wie die Gesamtschau Asyl verdeutlicht hat.

5. *Wie wird das Restaurant Schützenmatte in Altdorf zukünftig genutzt? Wer entscheidet über solche Projekte und wie ist der Kostenverteiler geregelt?*

Das Restaurant Schützenmatte in Altdorf ist ein eigener Betrieb des SRK Schweiz, der nicht in Zusammenhang mit den bestehenden Programmvereinbarungen des Kantons steht. Der Aufbau des Restaurants Schützenmatte wurde gegenüber der GSUD immer transparent kommuniziert. Ziel des SRK ist es, Personen aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich Ausbildungs- und Arbeitsplätze in der Gastronomie bereitzustellen. Für den Kanton Uri entstehen keine finanziellen Aufwendungen, weder für den Aufbau noch für den aktuellen Betrieb.

6. *Kann die Regierung bzw. das SRK von einem allenfalls bestehenden Mietvertrag des Hotel Löwen in Seelisberg zurücktreten und welche Kosten sind dem Kanton Uri bis dato entstanden oder als Folgekosten zu erwarten?*

Der Mietvertrag des Hotels Löwen in Seelisberg wurde zwischen dem SRK und dem Eigentümer unterzeichnet. Nach der Entscheidung des Asyl-Ausschusses des Regierungsrats, die Liegenschaft aufzugeben, konnte das SRK den Mietvertrag ohne Kostenfolge kündigen.

Mitteilung an Mitglieder des Landrats (mit Interpellationstext); Mitglieder des Regierungsrats; Rathauspresse; Standeskanzlei; Amt für Arbeit und Migration; Amt für Soziales; Direktionssekretariat Volkswirtschaftsdirektion; Direktionssekretariat Gesundheits-, Sozial- und Umweltdirektion; Volkswirtschaftsdirektion und Gesundheits-, Sozial- und Umweltdirektion.

Im Auftrag des Regierungsrats
Standeskanzlei Uri
Der Kanzleidirektor